

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 23

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wir erst mal abwarten.» Das Parteikomitee, das die Bedenken seitens der Belegschaft kannte, erklärte daraufhin, die Leitung würde den Wahlen keinerlei Schranken setzen, und es würde nach den korrekten Meinungen der Arbeiter verfahren. Die Anfertigungshalle für Schiffskörper war früher mit einem Direktor und sechs Vizedirektoren leitungsmässig überbesetzt. In der Diskussion über die Wahl der Kader sagten die Arbeiter, vier Leiter seien genug. Diese Auffassung fand auch die Unterstützung der Werftleitung.

Bei der Diskussion über das Wahlverfahren schlugen einige Arbeiter vor, jeder könne frei Kandidatenvorschläge machen, und nach ausreichender Diskussion sollten Kandidaten festgelegt und die künftigen Leiter durch Mehrheitswahl bestimmt werden. Kandidatennominierung und Wahl sollten nicht überhastet werden. Entsprechend wurden die Wahlen durchgeführt.

Die Wahlen wurden unter Anleitung einer Arbeitsgruppe, die vom oberen Organ geschickt worden war, durchgeführt. Bei der Empfehlung für den Posten des Werftdirektors sprach sich die Belegschaft einhellig für Wang Shaoren aus, der seit Jahrzehnten in der Werft arbeitet, von 1955 bis 1964 bereits Werftdirektor war und viel Erfahrung in der Betriebsführung besitzt. Der Leiter der erwähnten Arbeitsgruppe dagegen schlug ihn für einen Posten im Parteikomitee der Fabrik vor, weil er bereits über fünfzig sei und nicht mehr bei bester Gesundheit. Die Belegschaft teilte diese Meinung jedoch nicht. Sie meinte, ein alter Genosse wie er sei zwar zweifellos ein Gewinn für das Parteikomitee, aber heute stünden die vier Modernisierungen im Zentrum der Arbeit der Partei. Von daher werde Wang in der Produktionsführung dringlicher gebraucht.

Schliesslich stimmte dann auch der Gruppenleiter zu, denn, wie er sagte, «die Mehrheit zählt». ■

In Kürze

«... aber wenigstens gibt es in den kommunistisch regierten Ländern keine Arbeitslosigkeit.» Auch schon gehört, ja? Natürlich, das weiss man doch. Aber wie sicher ist dieses Wissen?

Ein Beitrag der «Beijing Rundschau» (Beijing/Peking 18. 10. 1980) «Ueber das Beschäftigungsproblem in China» fängt so an:

«Die Beschäftigungslage ist ein wichtiges (...) Problem, das kein Land, welchen Gesellschafts-systems auch immer, ignorieren kann.

Unter dem Einfluss der ultralinken Ideologie, die eine Zeitlang in China herrschte, wurde die Existenz eines Bevölkerungsproblems ebenso negiert wie das der *Arbeitslosigkeit* und andere soziale Probleme in China. (...) Ueber objektive Tatsachen indes kann man nicht so einfach hinweggehen. Eine grosse Zahl von Arbeitskräften in chinesischen Städten sucht Arbeit. (...) Auf dem Lande gibt es überschüssige Arbeitskraft.»

Aha. Aber vorher hatten wir, hatte «man» auch gewusst, dass es in China keine Arbeitslosigkeit gab. Weil die sozialistischen Länder das Recht auf Arbeit gewährleisten.

Heute wissen wir es besser. Wenigstens was China angeht. Weil man dort von einer sozialistischen Fiktion abgerückt ist und vom Prinzip, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Wann werden wir es auch über die andern sozialistischen Länder besser wissen? ■

Andrej Amalrik †

Wird der Westen überleben?

Andrej Amalrik, der noch im sowjetischen Samisdat die «Unfreiwillige Reise nach Sibirien» und seine berühmte Schrift «Wird die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben?» geschrieben hatte, ist bei einem Verkehrsunfall gestorben. Er befand sich auf dem Weg nach Madrid, um anlässlich der KSZE-Nachfolgekonzferenz für die Menschenrechte einzutreten.

Seit 1976 lebte Amalrik im Westen. Hier hat er immer wieder ausgesprochen, dass es nicht auf den Export von Gütern, sondern auf den Export von Ideen ankommt: «Entweder siegen weltweit die Vorstellungen der westlichen Demokratien, oder es siegen die Vorstellungen der totalitären Regimes im Osten.» Auch in Gesprächen für ZeitBild hat sich Amalrik geäussert (ZB, Nrn. 6 und 7/1977).

Wir bringen heute einen Text, den Amalrik diesen Sommer geschrieben hat. Es handelt sich um die einleitenden Absätze zu einem Beitrag, der sich mit versuchten und nicht versuchten Varianten westlichen Verhaltens zur UdSSR beschäftigt («Soviet Analyst», London, 9. 7. 1980). Seiner Ansicht nach gibt sich der Westen auf, wenn er nicht geistig-moralisch-politisch in die Offensive geht.

Heute ist das Wertsystem des Westens von zwei «Ideologien der Unterdrückten» bedroht: dem marxistischen Sozialismus und dem afro-asiatischen Nationalismus. Zwischen ihnen freilich ist der Unterschied nicht immer auszumachen, denn die nationalistische Revolution kann sich der sozialistischen Phraseologie bedienen, und die sozialistische Revolution kann nationalistische Ziele unterstützen.

Beide Ideologien suchten der sozialen und nationalen Ungerechtigkeit ein Ende zu machen, beide appellierten an das Schuldbewusstsein im Westen, und beide waren in mancher Hinsicht selbst Produkte westlicher Kultur. Ohne das «absolut Gute» oder das «absolut Böse» zu verkörpern, hatten sie eine kollektivistische Basis zum Ausgangspunkt.

Während es zum westlichen Wertsystem gehört, dass Individuum und Gesellschaft einander verantwortlich sind, forderten diese Ideologien die Umwandlung der Individuen zu «Klasse» oder «Nation», die völlige Unterordnung des Einzel-

Wenn der Westen seine Solidarität mit den sowjetischen Oppositionellen beweist, findet er auch zu sich selber. Wenn er sie im Stich lässt, lässt er sich selber im Stich.

Amalrik, ZB, Nr. 7/1977

menschen unter den Mechanismus, der Klasse oder Nation verkörperte und beherrschte.

Das stand im Gegensatz zur westlichen Tradition (...), aber bis zu einem gewissen Grad konnte der Westen friedlich an diese Tendenzen anknüpfen. Er gab seinen Kolonien die Unabhängigkeit und führte soziale Reformen durch.

(So kam es in manchen früher abhängigen Gebieten zu einer nationalen Ordnung ohne Aufgabe von Menschenrechten und Demokratie.)

Aber wo die sozialistische oder nationalistische Ideologie nach einem revolutionären Kampf über die Sturheit autoritärer oder kolonialer Regimes siegt, da will die Revolution nicht innerhalb der Landesgrenze verbleiben. Es kommt zu einem Export der Ideen und nationaler Einflüsse.

Die Verbreitung sozialistischer Ideen ist auf verschiedene Arten zu bewerkstelligen: durch politische und wirtschaftliche Mittel, durch militä-

Jetzt zahlt der Westen dafür, dass sich das Sowjetregime nicht ändert, statt dafür, dass es sich ändert. Amalrik, ZB, Nr. 6/1977

rische Unterstützung kollektivistischer Bewegungen in Drittländern und schliesslich durch direkte militärische Expansion.

Diese Ideologien und ihre Regimes können durchaus in Gegensätze zueinander geraten oder sich sogar mit dem Westen verbünden. Das hindert indessen nicht, dass sie insgesamt auf eine internationale Ordnung ausgehen, in der für westliche Werte kein Platz mehr sein wird.

Antiwestlicher Nationalismus und marxistischer Sozialismus greifen die westliche Substanz sogar dann von beiden Seiten an, wenn sie in entgegengesetzte Richtungen marschieren.

Die «islamische Revolution» in Iran hat zu einem präzedenzlosen Tatbestand geführt: zur Geiselnahme unter Billigung der Regierung. Die «anti-islamische Revolution» (von 1978) in Afghanistan hat ihrerseits dann zu einem Ereignis geführt, dem es an Vorläufern nicht mangelt: zur Intervention von Sowjettruppen. Aber beide Ereignisse zusammen haben zu einem weiteren Abbau der westlichen Einflüsse in der Welt geführt. Demgegenüber wird manchmal auch ein ver-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Blick 1 Jahr zurück

Ergänzungsbeitrag einer Leserin, die letztes Jahr noch in der Sowjetunion lebte

Wir haben in der letzten Nummer zum Beitrag «Blick weit zurück» von Valerij Tarsis einen Kasten mit Vergleichslohn und Vergleichspreisen aus der heutigen Sowjetunion (offizielle Ladenpreise Moskau 1979) veröffentlicht. Das hat uns die Einsendung einer Frau gebracht, die noch nicht lange aus der Sowjetunion emigriert ist und aus ihrer Erfahrung offenbar findet, wir hätten die heutigen Zustände noch viel zu rosig dargestellt. Wir bringen ihren Text. (Übersetzung HTD)

Jener Magaziner, der im Monat «bloss» drei Pferde verdiente, hätte vielleicht mein Urgrossvater sein können. Seit er zu Ostern und Weihnachten einen zusätzlichen Monatslohn bekommen hatte, seit seine Frau in jedem Laden alles Nötige kaufen konnte, sind Veränderungen eingetreten: seit der Oktoberrevolution von 1917 «lebt sich's (in Russland) besser, lebt sich's fröhlicher».

Der Magaziner verdient heutzutage natürlich viel mehr: 85 Rubel, und, wenn's hoch kommt, auch 100. Dafür kriegt er zwar nicht einmal ein halbes Pferd, aber wer braucht heutzutage Pferde? Das Leben ist in meiner Heimat ja sehr abwechslungsreich geworden. Man kennt nicht nur Brot, Fleisch und Eier — als begehrtere Objekte —, sondern auch Theaterbilletts, Jeans, Kaugummi, Blumen, französisches Parfum und vieles andere. Es ist schwer im Kopf zu behalten, wer gerade was besonders begehrt; darum führte ich ein entsprechend dickes Heft.

Begehren tut man allerlei, weil man's nicht käuflich erwerben kann. In der UdSSR gibt es (inoffiziell) ein doppeltes Preissystem, denn in den staatlichen Läden und zu staatlichen Preisen sind — allenfalls — Salz, Brot, Zucker, Gerste, Reis, Griess, Makkaroni und Zündhölzer erhältlich. Daneben gibt es die Schwarzmarktpreise, zu denen ich Fleisch kaufen kann, ohne (wie bei den staatlichen Preisen) obligatorisch 40 Prozent Knochen in Kauf nehmen zu müssen; Schinken, der nicht wie der staatliche zu drei Vierteln aus Fett besteht; anständige Schuhe; ein Auto... Darum haben viele Angestellte des Handelsnetzes wenig Interesse am Geld als solchem. Geld hat einen Sinn, sofern es sich materialisieren lässt. Je nachdem, wer was begehrt...



Bevor ich also einkaufen ging, holte ich mein kostbares dickes Heft hervor. Der Metzger hat zwei Buben, die auf Kaugummi wild sind. Wenn ich Fleisch kaufen wollte, begab ich mich also... ins Kommissionsgeschäft, wo Leute, die aus dem Ausland zurückgekommen waren, westliche Gebrauchswaren verkauften; und die Angestellten schätzten diese höher ein, wenn sie Kaugummi, Zigaretten und andere kleine Kostbarkeiten geschenkt bekamen. Eine Freundin von mir arbeitete dort, und sie verkaufte mir jeweils Kaugummi; aber ihre Mutter ist krank und braucht ein Medikament, das Mangelware ist. (In einer

sowjetischen Apotheke bekommt man nicht einmal ständig Watte, geschweige denn ein komplizierteres Medikament als Aspirin.)

Hier half mir meine Freundin Ira, Aerztin in der Poliklinik unseres Stadtbezirks. Viele defizitäre Medikamente kann man nur auf Rezept in der Apotheke desselben Stadtbezirks beziehen. Meine Ira stellte mir also ein Rezept für die Mutter der Kaugummi-Freundin aus — aber auf den Namen eines Veteranen des Vaterländischen Krieges: diese erfreuen sich verschiedener Vorrechte. Und manchmal konnte ich jenes Medikament tatsächlich ergattern.

Ira wiederum hat einen kleinen Jungen, der dringend die Mandeln operiert haben musste. Normalerweise muss man für diese Operation etwa zwei Jahre «Schlange stehen»... ganz zu schweigen von der Tatsache, dass die Qualität der Operation nicht immer der Losung «sowjetisch heisst ausgezeichnet» entspricht und den Patienten öfters die Mandeln nachwachsen. Ich hatte aber Glück — ich kannte einen Hals-Nasen-Ohren-Arzt, Professor in einer Kinderklinik. Nur dank ihm können zahlreiche Sowjetkinder ohne Halsschmerzen wieder Glace essen. Mit Iras Bub klappte es somit, aber:

Der Professor hat eine Frau und eine erwachsene Tochter, die sich am liebsten Goldschmuck schenken lassen. Gold wird in der Sowjetunion nicht verkauft: Gold wird einmal monatlich in die Geschäfte geworfen, das reicht zur Planerfüllung. Meine Busenfreundin Sonja nun ist Verkäuferin in der Bijouterieabteilung eines Warenhauses. Sie erzieht als alleinstehende Mutter einen Bub. Mit ihren 80 bis 90 Rubeln im Monat

kommt sie natürlich höchstens zwei Wochen durch, so dass die 10 Rubel, die sie für jedes Schmuckstück dazu«nimmt», sicherlich gute Verwendung finden.



So also kaufte ich mein Stück Fleisch.

Und für den nächsten Einkauf hatte ich in meinem Heft vielleicht eine Bedarfs- oder Begehrenskette mit Kurort-Fahrscheinen, Filmbilletts, Theaterkarte.

Nicht jeder aber hat an jedem Finger eine Ira und eine Sonja und einen Petja oder Jurik; und ohnehin kann niemand Bekannte für jeden Bedarfsfall des Lebens besitzen. Dann steht man halt nächtelang Schlange, braucht den ganzen Samstag und Sonntag zur Beschaffung der Lebensmittel.

Die Preise interessieren schon keinen mehr — wenn man nur irgendwie an die Sachen herankommt. Jaja, wenn es im Westen nicht so ein reiches Angebot, solche Konkurrenz gäbe, wäre das Einkaufen hier geradezu langweilig. *Valentina*

Mitteilung

an unsere Abonnenten

Auf den 1. Januar 1981 wird der Abonnementspreis für das ZeitBild von Fr. 34.- auf Fr. 39.- erhöht werden müssen (Ausland Fr./DM 42.-, Lehrlinge + Studenten Fr. 25.-). Die Teuerung seit der letzten Erhöhung vor fünf Jahren beträgt im Durchschnitt 18%, im graphischen Gewerbe bis zu 20%. Wir selbst, als nichtgewinnstrebendes Unternehmen, sehen uns gezwungen, eine Anpassung von 15% vorzunehmen.

Diese Erhöhung wird uns erlauben, die in diesem Jahr begonnene Ausgestaltung von ZeitBild mit erweitertem Themenkreis, mehr Bildern und mehr Mitarbeitern weiterzuführen.

Wir treten ungern mit einer Abonnementspreiserhöhung an unsere Leser heran, die mit einer Erneuerungsquote von deutlich über 90% zu den treuesten auf dem Schweizer Zeitschriftenmarkt gehören. Wir hoffen aber, dass sie für diese Konsequenz aus der allgemeinen Lage Verständnis haben werden.

Redaktion und Administration
ZeitBild

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

«LNN»

Mit LNN sind diesmal nicht die «Luzerner Neuesten Nachrichten» gemeint, sondern Linke und Nützliche Naive, die am 31. Oktober 1980 in Bern zu einer Diskussion über Satellitenfunk zusammengekommen sind — und dabei Gesellschaftskritik trieben, einschliesslich Kritik am Redaktorenwechsel in Luzern.

Damit verlief diese Tagung so, wie nach der Liste der Veranstalter hatte erwartet werden müssen. Zu diesen gehörten der Arbeitnehmer-Radio- und Fernsehbund Arbus, die Schweizerische Journalisten-Union SJU, das Syndikat schweizerischer Medienschaffender SSM und der Schweizerische Gewerkschaftsbund; neben diesen links der Mitte stehenden politischen Organisationen kam von kirchlicher Seite die Katholische Arbeitsstelle für Radio und Fernsehen ARF und die Vereinigung für kirchliche Film-, Radio- und Fernseharbeit FRF sowie die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas.

Die Liste der Referenten und der Panel-Teilnehmer war so einseitig, dass die Geschäftsführerin der Tel-Sat es als sinnlos ansah, mitzumachen. FDP-Nationalrat Lüchinger, der am Vormittag im Panel sass, meinte angesichts der übrigen Mitwirkenden, er sei offenbar nur als «Feigenblatt-Rechter» dabei.

Bei den meisten Referaten und Panel-Voten war auffallend, wie stark ein Gremium, das die «Unterdrückung der Pressefreiheit» bei den gedruckten Medien «Luzerner Neueste Nachrichten» und «Thurgauer Zeitung» geisselte, für die elektronischen Medien die Freiheit ablehnte und dafür eine Aufsicht oder gar ein Monopol forderte. Es komme nicht auf die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten an, sondern auf den gesellschaftlichen Nutzen, der daraus zu ziehen sei. Dieser messe sich daran, ob die Medien die Politisierung oder die Entpolitisierung fördern, ob sie auf die grosse Veränderung hinwirken oder davon ablenken.

Dass mit dieser Veränderung nur die Verdrängung der Marktwirtschaft durch einen realen Sozialismus gemeint war, konnte in dieser Umgebung nicht zweifelhaft sein. Neben diesen Bemühungen zur Beibehaltung des elektronischen Meinungsmonopols war sehr stark die Befürchtung zu spüren, dass ein privatwirtschaftlich-unternehmerisch geführtes Satelliten-Fernsehen mit seinem Eingehen auf die Publikumsbedürfnisse eine Qualitätskonkurrenz für das bisherige Monopolmedium werden müsste und damit dessen unbeschwert einseitiges Tun in Frage stellen würde.

Das Ausrichten der Programme auf Publikums-geschmack und -bedürfnis müsste nach Auffassung der linken Monopolisten zu einer Vernachlässigung der Randgruppen und über die Gleichschaltung der TV-Programme der westlichen Welt zu einem totalitären Medien-Faschismus führen.

Die Vertreter der nützlichen Naiven, Kirche und Entwicklungswerke, traten bei den Diskussionen nicht in Erscheinung, sondern überliessen das Feld ganz den «Spezialisten». Dass der Schweizerische Evangelische Kirchenbund aber deren Lied mitsingt, zeigte seine Stellungnahme zum Konzessionsgesuch der Tel-Sat, die nach der Diskussion verteilt wurde. *mk*

Unser PRESSE-Kommentar

DDR, «ein überaus normaler Staat»

Im «Freien Aargauer — Zürcher Volksrecht» hat David James Katzenstein seine Eindrücke von einer sechstägigen Reise durch die DDR beschrieben (24./25. 10. 1980). Er ist Administrator dieses AZ-Blattes, und man darf wohl annehmen, dass er über den Sozialismus im allgemeinen und über den realen Sozialismus im besonderen informiert ist. Und zwar besser als die Durchschnittsschweizer, von denen er schreibt, dass ihre Kenntnisse über die DDR gering sind und erst noch fast nur aus Vorurteilen bestehen.

Aber am Schluss seines Berichtes stellt Katzenstein fest, dass «viele Vorurteile bestätigt worden» sind. Der Durchschnittsschweizer sieht offenbar klarer, während «Sozialisten den ersten deutschen Bauern- und Arbeiterstaat oft mit etwas verklärtem Blick» sehen, dafür aber Tatsachen nicht beachten, über die seit Jahrzehnten fast täglich in den Medien berichtet wird.

So war D. J. Katzenstein überrascht, als er erfuhr, dass es in der DDR bürgerliche Parteien mit eigenen Zeitungen gebe. Er scheint nicht zu wissen, dass diese in den sogenannten Volksdemokratien zur pluralistisch-demokratischen Fassade gehören, welche die Sowjets dort mit ihrer Machtergreifung aufgerichtet haben, gewissermassen als polit-potemkinsche Dörfer.

So wie die grosse Masse der Parteilosen in der UdSSR in einem Block an die KPdSU geschlossen ist, so sind in den Volksdemokratien die bürgerlichen Parteien in einem «Block der nationalen Erneuerung» oder ähnlich an die jeweilige KP gebunden. Es ist dann immer der «Block», der die Kandidaten für die «Wahlen» aufstellt, und diese werden auch immer «en bloc» gewählt. Auf den Wahllisten und entsprechend in den Parlamenten sind die Parteien nach Mass-

gabe ihrer Mitgliederzahl vertreten, nicht etwa nach ihrem Anteil an Wählerstimmen.

Das war aber für D. J. Katzenstein noch kein Grund zu kritischer Hinterfragung. Denn die SED — wie die KP in der DDR genannt wird — hat dabei nur einen Anteil von 20 Prozent. Die Stralsunder Abgeordneten machten ihm aber klar, dass «viele Abgeordnete der Massenorganisationen (Gewerkschaften, Jugendverbände, Frauenorganisationen, Kulturbund) Mitglieder der SED...» sind, «so dass real 51 bis 55 Prozent der Abgeordneten Mitglieder der SED» seien. Damit ist natürlich die Alleinherrschaft garantiert, aber wer nicht will, braucht es nicht zu merken.

Doch vor allem: In allen Ostblockstaaten, in denen es nichtkommunistische «Parteien» gibt, anerkennen diese in ihren eigenen Statuten die führende Rolle der KP und sind deren Politik verpflichtet.

Dem David James Katzenstein wurde auch eine Kinderkombination gezeigt, bestehend aus Krippe und Kindergarten. «Ziel der Kleinkinderbetreuung ist eine sozialistische Bewusstseinsbildung — Allgemeininteresse kommt vor dem Privatinteresse». Das Gleiche — nur in besserem Deutsch — haben schon die Nationalsozialisten verkündet: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Werden die Kinder dann schulpflichtig, lernen sie in polytechnischen Zentren mit Hammer und Feile umgehen und damit «fast spielerisch den Wert der Arbeit kennen». Ideal! «Im ersten Jahr stellen sie einfachere Bestandteile für die Schiffs-werft her... in den Abschlussklassen werden dann bereits recht komplexe mechanische Systeme produziert». Wenn das in der Marktwirtschaft geschähe, wäre es wohl Ausbeutung.

David James Katzenstein bleibt leider seinen Lesern die Begründung schuldig, warum er in der DDR einen «überaus normalen Staat» sieht. *MK*

Briefe

Gouvernementale Spende

«Helvetas hat gedruckt», ZB Nr. 22 vom 5. 11. 1980

Besten Dank für Ihren aufschlussreichen Artikel. Die Angabe, die dem Ganzen noch etwas mehr Würze verliehen hätte, fehlt leider:

1978 spendierte das Departement Aubert der Helvetas Zürich den stolzen Betrag von 3 363 103 Franken.

Wäre es nicht interessant, die Verwendung dieses Geldes näher unter die Lupe zu nehmen? *wp*

Anlagebette 4½%
Kassa-Obligationen 5%

Anlageplus Mehr Zins - Mehr Sicherheit.
Die Formel für den klugen Anleger. ZB

CITY BANK

Coupon
Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen über Anlageplus.

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 76 11

(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)

Amalrik

(Fortsetzung von Seite 7)

mehrter westlicher Einfluss postuliert. Zum Beispiel sind einzelne «prosovjetsche» Länder «prowestlich» geworden. Westliche Unternehmungen haben Filialen in der ganzen Welt errichtet. Westliche Technologie und westliche Waren werden von den sozialistischen Ländern begehrt, die zum Teil für ihre Wirtschaftsentwicklung auf Westkredite angewiesen sind. Und Mode, Musik und Lebensstil des Westens dringen überall ins sozialistische Lager ein.

Indessen glaube ich nicht, dass das dem Westen auf die Dauer zu politischer Stärkung hilft. Und was wichtiger ist: Das alles verhilft der Idee der

Wir sehen, dass die Dritte Welt ihre Politik immer durch eine gewisse moralische Grundlage rechtfertigt, nämlich durch das Streben nach Unabhängigkeit. Wir sehen, dass die kommunistische Welt ihrerseits die moralische Grundlage ihrer Politik immer wieder hervorgehoben hat, und zwar das Streben nach sozialer Gleichheit. Und mögen die Politiker der kommunistischen Welt und der Dritten Welt noch so grosse Greuelthaten begehen, so haben sie es noch immer vermocht, als Rechtfertigung für diese Taten die moralische Grundlage ihrer Politik als Stütze zu beanspruchen.

Und gerade in diesem Augenblick haben die führenden Politiker des Westens angefangen zu sagen: Wir brauchen keine moralischen Grundsätze, wir wollen ruhig dahingleben und nicht anstossen, dann lässt man auch uns in Ruhe. Gerade diese Politik, die sich als realistische Politik darzustellen versuchte, war am wenigsten realistisch. Sie war nicht in die Zukunft gerichtet; sie kümmerte sich nur um das momentane Ueberleben und erhob keine weiteren Ansprüche.

Und wenn jetzt der Westen erkennt, dass er wieder auf die moralischen Grundsätze seiner Politik zurückgreifen sollte, auf die Frage der Menschenrechte, kann er die verlorene Selbstsicherheit zurückgewinnen.

Amalrik, ZB, Nr. 6/1977

(Auf die Frage, ob Arbeiterunruhen wie in Polen auch in der Sowjetunion denkbar seien:) O doch, das ist durchaus eine Möglichkeit. Wenn es mit der Uebertragbarkeit der Ereignisse hapert, dann nicht deshalb, weil den Arbeitern in der Sowjetunion weniger zuzutrauen wäre als den Arbeitern in Polen, sondern deshalb, weil sie wegen der Weite des Landes leichter zu isolieren sind als in Polen. (...)

Wer auf jeden Fall an die Möglichkeit von Arbeiterunruhen glaubt, ist das Regime. Seine Leute haben Angst davor, vor allem in den grossen Städten. Deshalb ist man auch so darauf bedacht, die Städte um so besser mit Lebensmitteln zu versorgen, je grösser sie sind. In der Grossstadt wären die Ereignisse viel schwerer zu isolieren. (...) Bei allen grossen Städten sind KGB-Truppen stationiert, um im Eventualfall einzugreifen und einen Unruheherd abzuriegeln. Man rechnet mit der Möglichkeit von Unruhen; sonst brauchte man sich nicht so vorzusehen.

Amalrik, ZB, Nr. 7/1977

menschlichen Freiheit zu keiner Verbreitung in der Welt.

Tatsächlich ist eher das Gegenteil anzunehmen: «Prowestliche» oder «prosovjetsche» Positionen von Drittstaaten mögen aus taktischen Rücksichten oder nach dem Sturz eines Machthabers fast beliebig wechseln; am internen Charakter eines schon marxistisch gewordenen Staates ändert das noch nichts.

Der wirtschaftliche und kulturelle Einfluss des Westens kann die überlieferten Strukturen nicht-westlicher Länder so belasten, dass alles mögliche folgen kann: Es findet eine heftige Explosion statt; ein neues antiwestliches Regime verstaatlicht westliche Unternehmen oder bringt sie wenigstens unter seine Kontrolle; westliche technische Errungenschaften werden zum Nachteil des Westens benutzt und eingesetzt.

Und was die wirtschaftliche Expansion des Westens in totalitäre Länder angeht, so wird sie von deren Machthabern kontrolliert, und was sie an politischem Einfluss mit sich bringen mag, reicht nicht weit hin.

Westliche Lieferanten von Technologie, Getreide oder Kapital können von den sozialistischen Ländern abhängig werden, weil die Zahlungsunfähigkeit ihres Partners oder die Schliessung eines Marktes an ihre eigene Tasche geht, wogegen ein totalitärer Staat bereit ist, wirtschaftliche Schwierigkeiten zugunsten seiner politischen Ziele in Kauf zu nehmen.

Die Verbreitung von Westkultur kann in sozialistischen Staaten jederzeit eingeschränkt werden, und da die zugelassene Menge ohnehin eine Oberflächkultur umfasst, bedeutet sie keine Anfechtung des Regimes.

Wenn der Westen seine Wirtschaft als Hauptmittel seines Einflusses in der Welt sieht und als Hauptwaffe seiner Selbstbehauptung, dann steht ihm eine Enttäuschung bevor. Tatsächlich ist die Rolle, die er der Wirtschaft zubillt, nicht viel mehr als ein Wegsehen von den politischen und ideellen Problemen. ■

Unsere Meinung

In einer Wahl, die nach dem Elektorenergebnis einem Erdstoch gleichkommt, ist Präsident Carter das Vertrauen entzogen worden. Das Schicksal, keine zweite Amtszeit antreten zu können, widerfuhr in diesem Jahrhundert erst einem gewählten Präsidenten — Herbert Hoover im November 1931, als die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Was sind die Gründe für diesen in seiner Eindeutigkeit überraschenden Wahlausgang?

Carters Amtsantritt stand unter keinem glücklichen Stern: Er übernahm ein geschwächtes Präsidentschaftsamt — Folge von Vietnam, Dollarzerfall und Watergate. Seine erste Aufgabe war es, dem Amt den nötigen Spielraum und die Unabhängigkeit vom Kongress zu verschaffen. In diesem Lichte besehen sind ihm in den ersten Jahren grosse Erfolge gelungen, was mit einigen Hinweisen belegt werden kann: der Friedensschluss zwischen Israel und Aegypten, die Aufnahme von Waffenlieferungen an die Türkei und an arabische Staaten, der Abschluss des Panama-Kanals, die logistische Hilfe zur Abwehr der zweiten Shaba-Invasion, die Stärkung der Nato.

Mit der Kampagne für die Menschenrechte hatte er zudem erstmals Moskau über längere Zeit in die Defensive gedrängt.

An einem konkreten Fall kann die an sich richtige Haltung Carters verdeutlicht werden. Die sowjetische Invasion Afghanistans wies den Griff Moskaus nach unserer Energiebasis unübersehbar nach. Es wäre daher zu erwarten gewesen, dass westeuropäische Länder als dringliche Massnahme vorgeschlagen hätten:

1. Olympiade-Bojkott;
2. Verzicht auf Getreidelieferungen, unter Entschädigung der betroffenen Lieferländer;
3. Embargo auf den Technologieexport.

Und es hätte nahegelegen, dass die amerikanische Regierung wie folgt reagiert hätte:

1. US-Sportler sind die einzigen, die an Sommerspielen die sowjetischen Sportler zu schlagen vermögen, daher nehmen die USA an der Olympiade teil.
2. Hauptlieferant für Getreide sind die USA, die sich damit dringend benötigte Währungseinnahmen beschaffen können, die Lieferung wird somit fortgesetzt.
3. Die USA haben seit 1948 vor dem Osthandel gewarnt, sind aber schliesslich unter dem Druck westeuropäischer Länder selber zum Einstieg in den Osthandel gezwungen worden; sie können diese Position jetzt nicht aufgeben.

Wie gesagt, das wäre zu erwarten gewesen. Zumal die USA längst nicht so stark vom nördlichen Erdöl abhängig sind wie Westeuropa.

Die Stellungnahmen erfolgten im umgekehrten Sinn — ein Plus für Carter. Aber es erhöhte die Kritik an ihm. Dieser und seine anderen unbestreitbaren Erfolge sind nicht genügend gewürdigt worden, weil sie nicht im Zusammenhang mit dem schweren Erbe gesehen wurden, das Carter übernommen hatte. So gefiel Europa sich in harter Kritik. Das hat den Präsidenten und seine Entscheidungsfähigkeit geschwächt. Im Ergebnis wurde Carter ein Zweifler und Zauderer, der in einer Krise nicht mehr die nötige Härte aufbrachte. An der Geiselfrage und ihren unheilvollen Verstrickungen ist er schliesslich gescheitert.

In solcher oft geradezu krankhaft übersteigter westeuropäischer Kritik ist ein grundsätzliches Element des Antiamerikanismus enthalten. Das uneinige und geschwächte Europa erwartet von den USA das Heil, möglichst ohne eigene Anstrengungen und Opfer leisten zu müssen. Wenn ein amerikanischer Präsident Europa zum Einsatz anführt, die Erhöhung von Verteidigungsanstrengungen als notwendig bezeichnet und eine Einigung im Gesamtwohl der Freiheit vorschlägt, wenn er also den Westeuropäern auf solche Weise unbequem wird, so entziehen wir uns der Aufgabe durch die persönliche Kritik am amerikanischen Präsidenten.

Dieser meist unbewusste Zwang und Mechanismus ist gefährlich und selbstzerstörerisch. Es könnte sein, dass er sich auch gegen Ronald Reagan zu richten beginnt. Dann etwa, wenn es sich erweist, dass auch er nicht zum Ziel gelangt, falls Westeuropa nicht Lasten und Verantwortung besser mitzutragen beginnt.

Peter Sager

Angst vor dem Winter

Der herannahende Winter weckt in Polen schwerste Befürchtungen. Die Bevölkerung und die Wirtschaftsbetriebe, die schon tief genug in Schwierigkeiten stecken, werden weitere Erschwerungen meistern — oder eben ertragen — müssen.

Mit der Frage, wer wohl die Abende bei Kerzenlicht verbringen müsse, werden in der populären Abendzeitung «Express Wieczorny» Berichte über Mängel in der Versorgung mit elektrischer Energie eingeleitet. Man sieht voraus, dass die Polen monatlich mit einem Stromdefizit von mindestens 3000 Megawatt fertig werden müssen. Das bedeutet, dass ungefähr ein Sechstel der Anschlüsse nicht beliefert werden kann. Es ist deshalb ein Radio-Meldesystem vorbereitet, mit dem je nach Belastung des Stromnetzes und nach der Aussentemperatur den Stromabnehmern mitgeteilt wird, wie viele Anschlüsse sie abzuschalten haben.

Als Ursachen für diese schlimme Lage werden Rückstände in den Ueberholungsarbeiten und in den Kohlelieferungen sowie schlechte Qualität der Kohlen und der technischen Einrichtungen genannt. Die letztgenannten Faktoren können sich potenzieren. So sinkt die Leistungsfähigkeit eines Maschinenblocks wegen des schlechten Brennmaterials um 10 bis 15 Prozent; wenn aber die Förderbänder infolge Qualitätsmängel und Ueberbelastung ausfallen, dann sinkt die Leistungsfähigkeit noch weit mehr ab.

Aehnlich ist die Lage in den Fernheizwerken. Warschau rühmt sich, das grösste Fernheizwerk der Welt zu haben, mit einem Verteilernetz von über tausend Kilometern. Auch hier quantitative und qualitative Mängel: Die Belieferung mit Brennmaterial, dessen Qualität und die Vorräte sind unterplanmässig. Die in Betrieb stehenden Anlagen vermögen in einem Normalwinter nicht, die Raumtemperatur auf 18° zu bringen. Eine weitere Anlage wird aber erst in zwei Jahren in Betrieb genommen werden können.

Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes, als auf einen milden Winter zu hoffen, eine Hoffnung, der vor allem die für Stromversorgung und Fernheizung Verantwortlichen bewegten Ausdruck geben. *pk*

à propos Mensch

Was ist positiv an dünnen Wänden? Dass Julija Chorizkaja Stoff hat für einen Artikel, in dem sie zur weiteren Erhöhung der Bauqualität aufrufen kann? Daneben!

Julijas zweiseitiger Leitartikel («Sowjetskaja Rossija», 14. 9. 1980) überrascht die Leser, die sich bis zum letzten Fünftel durchbeissen durch Breschnew-Worte und hehre Sätze wie:

«Eine besondere Stimmung erleben in diesen Tagen wir alle — wir Sowjetmenschen. Das Land geht dem 26. Parteikongress entgegen. Und wir bereiten uns allvölkisch auf dieses historische Ereignis vor. Sein Herannahen auferlegt jedem unserer Tage seinen unbestreitbaren Stempel. Weil jeder möchte, dass das von uns seit dem 25. Kongress Geschaffene (...) möglichst gewichtig und bedeutsam sei. Uns ist nicht gleichgültig, was unsere Bemühungen, Anstrengungen, unser Noch-besser-machen-Wollen im ganzen fürs Land, fürs Volk, für die Zukunft der Kinder und Enkel ergeben werden.»

Nicht dicke Wände tun «uns» not, denn:

«Wir vermögen, wir wissen nicht zu leben ohne Empfindung einer ‚Vorfreude auf morgen‘; ohne uns bewusst zu sein, von welch grossem, bedeutsamem Sinn unser Arbeitsalltag in den kommenden Jahren erfüllt sein wird. Dergestalt ist einer der wundervollsten Züge des Sowjetmenschen — fürs Interesse der Gesellschaft zu leben.»

Da darf jeder zusehen und zuhören! Denn:

«Die sowjetische Lebensweise legt von jung an den Grundstein, das Fundament der geistigen Kultur, die Voraussetzungen dazu, dass seine Tage, Jahre, Jahrzehnte erfüllt, interessant, abwechslungsreich sind.»

Nämlich (Julija zitiert einen Brief an die Redaktion und überrascht eben damit):

«Ich lebe in einem grossen Vielparteienhaus. Und leider höre ich nicht selten, was jenseits der Wände meiner Wohnung vor sich geht — bei den Etagennachbarn: die Schallisolation in unserem Haus ist schlecht. Ich schrieb ‚leider‘, sollte aber schreiben ‚glücklicherweise‘. Jedenfalls kam es für mich so heraus. Die Nachbarn erfuhren, was ich hatte als Geheimnis wahren wollen — mein Mann schrie mich und die Kinder öfters an, liess einfach seine schlechte Laune an uns aus. Und da versammelten sich einst unsere Nachbarn gerade auf dem Treppenabsatz und schimpften ihn dafür aus, und zwar so, dass er stiller wurde ...!»

«Hohe Organisiertheit der Seele» nennt Julija es. Offenbar das Einschreiten der Nachbarn — dank dünnen Wänden, dank dem Fundament ihrer geistigen Kultur ...

Noch höhere Organisiertheit besitzt die Haut der Sowjetmenschen: Sie ist proportional zu den Wänden dünn und glücklicherweise proportional zur Propagandalüge dick. Ich schrieb «glücklicherweise», sollte aber schreiben «leider». *HTD*

In Kürze

So etwas, sagt die ostdeutsche medizinische Zeitschrift «humanitas» (Nr. 20/1980), dürfe nicht mehr vorkommen: nämlich dass man in den Kliniken sterbende Patienten für ihre letzten Stunden in ein Badezimmer verbringe und dort warten lasse, bis es vorbei sei. Man sollte es eigentlich nicht sagen müssen. (Und übrigens: Diese Badezimmer scheinen verfügbar zu sein, bloss offenbar nicht zum Baden.)

Lech Walesa (laut «NIN», Belgrad) auf die Frage, ob er allenfalls bereit wäre, der Partei (d. h. der kommunistischen und führenden PVAP; die unerheblichen nichtkommunistischen Parteien kann man vergessen) beizutreten: «Ich trete keiner Partei bei. Das sage ich heute. Aber vielleicht wird es einmal eine Partei geben, die mich ansprechen könnte.»

Man kennt den politischen Witz von den Reformen in den Ostblockländern: Will man eine Verkehrsreform anfangen, so lässt man einstweilen die Taxis links fahren, um die Vor- und Nachteile eines vorgeschlagenen Linksverkehrs durch seine teilweise Einführung überprüfen zu können. Daran wird man bei den partiellen Preisreformen erinnert, die man in Jugoslawien durchführt. Die Regierung hat eine Liste von 600 Produkten angefertigt, deren Preise Hersteller und Handel ohne staatliche Vorschriften festsetzen können, je nach Marktlage. Gleichzeitig bleiben die andern Preise gebunden.

So ist es dazu gekommen, dass das hochwertige Bauholz nur zu 2500 Dinar pro Kubikmeter verkauft werden darf, während man für gewöhnliches Rohholz rund 3000 Dinar pro Kubikmeter auslegen muss. Den Sägereien würde es also ren-

tieren, hochwertiges Bauholz aufzukaufen und es als minderwertiges Rohholz weiterzuverkaufen, um von der negativen Differenz zu profitieren. Dieser ökonomische Unsinn findet allerdings in der Praxis nicht statt. Aus dem einfachen Grund, dass es kein Bauholz zu kaufen gibt, weil kein Betrieb so dumm sein will, solches zu verkaufen.

Der sowjetische Dissident Viktor Nekipelow: «Es ist nicht wahr, dass in der Sowjetunion die Menschenrechte verletzt werden. Wie kann man etwas verletzen, das es nicht gibt?» («Archiv Samisdata», München)

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.- (Ausland Fr./DM 23.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)
Einzelnnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr./DM 2.-)

Der Kommentar

Polnisches Reizen

In Polen ist die harte Konfrontation zwischen Arbeiterschaft und Regime nochmals vermieden worden. Die unabhängige Gewerkschaft «Solidarität» ist durch Entscheid des Obersten Gerichtes registriert worden; sie tritt damit ihre amtlich beglaubigte Existenz an. Die Partei hat ihr Monopol an Arbeitervertretung verloren. Die neuen Gewerkschaften verstehen sich nicht mehr als KP-Transmissionsriemen, und diese systemwidrige und systemsprengende Auffassung hat ihnen das Regime zubilligen müssen.

Ob die führende Rolle der Partei im Wortlaut der Statuten selbst anerkannt ist (wie es das erstinstanzliche Wojewodschaftsgericht von sich aus verfügt hatte), oder im Anhang zusammen mit andern Punkten aufgeführt ist (wie die vom Obersten Gericht sanktionierte Kompromissformel bestimmt), das ist formell betrachtet eine Frage von bestreitbarer Wichtigkeit. Aber sie hat ihr Gewicht dadurch erhalten, dass sie von beiden Seiten zum Testfall erhoben worden war.

Und es ist eindeutig das Regime, das sich nicht

getraut hat, die Kraftprobe durchzustehen. (Das Gericht gehört zum Regime. Würden die Gerichte in einem kommunistisch regierten Staat wirklich unabhängig, dann hätte die Systemsprengung eben schon anderweitig stattgefunden.) Bis zum Tage des Gerichtsentscheides war die offizielle Politik auf Konfrontation ausgerichtet gewesen. Man erliess harte Warnungen und pokerte mit Katastrophensignalen: Ausweisung oder Nichtzulassung ausländischer Journalisten, Meldungen über gemeinsame Militärmanöver mit Sowjettruppen. Dann war das Spiel ausgereizt, weil die unabhängig organisierte Arbeiterschaft den Nervenkrieg bestand und ihre Streikdrohung aufrechterhielt.

Man hat die Arbeiter nicht zum Kuschen bringen können. Nicht mit innenpolitischen Mitteln.

Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (= KP) steht heute als Arbeitgeberpartei da, die mit den anderweitig organisierten Arbeitern verhandeln muss. Das hat es in kommunistisch regierten Ländern noch nie gegeben.

Das ist kein Zustand, der sich lange einfrieren lässt. Auch wenn man im Winter seine Sorgen vorrangig mit der Versorgung haben wird, kann es höchstens optisch beim Status quo bleiben. Entweder wird die Entwicklung zurückgenommen, oder sie setzt sich fort. Die Münze ist geworfen, und es heisst Kopf oder Zahl; dass sie auf der Kante stehen bleibt, ist unwahrscheinlich.

Tatsächlich sind die Dinge auch nach der «Beruhigung der Lage» im Fluss.

— Die freie Gewerkschaft kann sich organisatorisch verfestigen und mittels einer eigenen Zeitung artikulieren. Ihr struktureller Aufbau kompensiert den allfälligen Rückgang an Impetus.

— Ein neues Gewerkschaftsgesetz und das Gesetz über die Zensur sind angekündigt. Sie werden zum Angelpunkt neuer (wenn auch vielleicht diskreterer) Auseinandersetzungen und zum Ansatzpunkt neuer Systembeschädigungen.

— Die zentrifugalen Kräfte verstärken sich. Der Studentenverband kriegt ebenfalls eine freie Konkurrenz.

— Andere gesellschaftliche Organisationen machen eine interne «Transformation» durch. Und die geht über regimewollte Kosmetik hinaus. Der Journalistenverband hat praktisch seine eigene Führung abgesetzt.

— Den Bauergewerkschaften hat man die Registrierung zwar verweigert, aber sie werden sich wieder melden, besonders wenn man ihnen mit «Solidarität» unter die Arme greift.

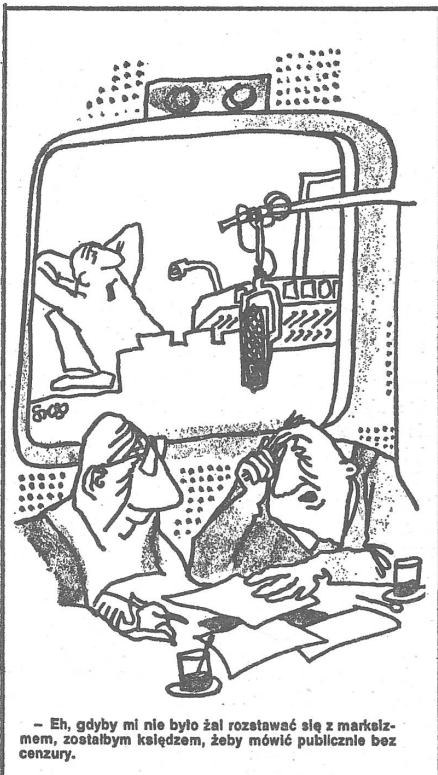
1978 gesagt

Ein interessantes Phänomen ist folgendes: Die Revolution war ursprünglich eine Idee der Opferbereitschaft, der Bereitschaft, sich selbst vieles zu versagen, um auf diese Ruinen ein neues Leben aufzubauen. Es hat sich indessen so gefügt, dass dank der Stärkung und Reformierung des Kapitalismus die kommunistischen Länder mit ihm den materiellen Wettbewerb aufnehmen mussten, dem sie natürlich nicht gewachsen sind. Und siehe da: Die von Marx nicht vorausgesehenen inneren Schwierigkeiten in den an den Sozialismus angeschlossenen Staaten haben schliesslich die Unzufriedenheit gerade der Arbeiterklasse geweckt. Die Arbeiter, denen man jahrelang einen simplifizierten Marxismus eingetrichtert hatte, haben zur Ueberraschung der Partei plötzlich zu glauben begonnen, dass sie wirklich die führende Klasse sind.

Stefan Kisielewski (Warschau): «Polen — oder die Herrschaft der Ignoranten. Sozialismus und Wirtschaftspraxis.» Edition Interfrom, Zürich 1978, 82 Seiten.

— Die Partei verliert sichtlich die Kontrolle über ihr Fussvolk. Um die Reihen wieder zu festigen, hat man in den letzten Wochen überall die Grundorganisationen mobilisiert. Die Uebung erwies sich als kontraproduktiv. Die Versammlungen wurden zwar von oben befohlen, aber von unten behändigt.

So weit haben es die Arbeiter in Polen gebracht. Die Zustände sind für das Sowjetlager zweifellos intolerabel. Die Polen wissen sicherlich, dass es gefährlich ist, keine Angst vor den Sowjets zu zeigen. Aber vielleicht finden sie es noch gefährlicher, Angst vor den Sowjets zu zeigen. Ist das die Lektion, die das arme Land dem reichen Kontinent erteilt? cb



— Eh, gdyby mi nie było żal rozstać się z markizmem, zostałbym księdzem, żeby mówić publicznie bez cenzury.

«Ach, wenn es mir nicht leid täte, den Marxismus fallen zu lassen, dann würde ich Priester werden wollen; dann könnte ich öffentlich sprechen — ohne Zensur.» («Szpilki», Warschau, 9. 11. 1980)



Skawomir Mroczek

«... und dass mir keiner nachruft, ich sei nackt!» («Szpilki», Warschau, 9. 11. 1980)